

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)
Landesverband Niedersachsen/Bremen e.V. – Pressesprecher:
Eckehard Niemann, Varendorfer Str. 24, 29553 Bienenbüttel
0151-11201634 – eckehard.niemann@freenet.de

Newsletter „Agrar-Hinweise“ – 22.10.2016

vorherige Ausgaben auf der Internetseite <http://www.abl-niedersachsen.de/>

[...]

Deutscher Tierschutzpreis 2016:

Sonderpreis an Bürgerinitiative „Rettet das Landleben“ aus Demmin

Die Bürgerinitiative „Rettet das Landleben“ aus Demmin erhielt einen Sonderpreis für ihren Einsatz für mehr Tierschutz in der Landwirtschaft. Seit 2011 betreiben Mitglieder der **Bürgerinitiative wöchentlich eine Mahnwache vor der Sauenzucht-Anlage von Adrianus Straathof in Alt Tellin**, um auf die dortigen Haltungsbedingungen aufmerksam zu machen. Zudem gehört die Initiative zu den **Mitbegründern des bundesweiten Netzwerkes „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“**.

<http://www.tierschutzbund.de/deutscher-tierschutzpreis-2016.html>

Die Bürgerinitiative richtet den Blick auf den ersten Verhandlungstag über die gemeinsam mit dem BUND geführte Klage gegen die Betriebsgenehmigung für die Ferkelfabrik: am 8.12.2016 um 11:00 Uhr vor dem Verwaltungsgericht in Greifswald.

NOZ 20.10.2016 - Schlachthof war abgebrannt

Kritische Fragen zum Wiesenhof-Neubau in Lohne

Lohne. Der Brand in der Wiesenhof-Schlachtereie in Lohne war für den Geflügelfleischkonzern ein herber Schlag. Nun liegt der Antrag auf Wiederaufbau vor - und sorgt für Diskussionen in Lohne.

Der Bauausschuss der Stadt Lohne hat am Donnerstagabend mehrheitlich mit den Stimmen der CDU dem Wiederaufbau des im Frühjahr abgebrannten Geflügelschlachthofes von Wiesenhof zugestimmt. Wiesenhof, größter Geflügelfleischproduzent Deutschlands, will den am Ostermontag in großen Teilen abgebrannten Schlachthof für die gleiche Kapazität wie vor dem Brand wieder aufbauen. Die Kapazität lag bei 432 000 geschlachteten Tieren pro Tag. ...

Weil er vermute, dass Wiesenhof die Kapazität in der Zukunft doch erhöhen wolle, werde er dem Antrag nicht zustimmen, sagte Lutz Neubauer von der Ratsgruppe Lohner. Auch SPD-Ratsmitglied Silvia Klee sagte, dem Antrag nicht zustimmen zu wollen. „Nach wie vor haben wir keine gesunden Arbeitsverhältnisse dort“, sagte sie mit Blick auf die von dem Wiesenhof-Schlachthof beschäftigten Werkvertragsarbeiter.

Kritische Nachfragen gab es auch zur Verkehrsbelastung durch den Lkw-Verkehr und zur Grundwasserentnahme durch den Schlachthof. ...

Vor Beginn der Ausschusssitzung hatten etwa 20 Aktivisten der Tierrechtsorganisation Animal Rights Watch vor dem Lohner Rathaus gegen den Schlachthof protestiert. Sie wiesen unter anderem auf negative Folgen der Massentierhaltung für Klima und Grundwasser hin. ...

TAZ – 19.10.2016:

Massentierhaltung in Europa Frau Vdovichenko gegen die Hühner

Die Europäische Union fördert mit Krediten Massenställe in der Ukraine. In den betroffenen Dörfern protestieren die Menschen dagegen. Ein Besuch.

LADYSCHYN/OLJANIZA taz / Geflügelfabrik W innyzja: „Meine Hühnerfabrik ist die größte in Europa“, sagt Leschtschenko. „Und das wird auch so bleiben.“ ... In den nächsten Jahren sollen die Mastkapazitäten verdoppelt werden, sagt er, ein weiteres Schlachthaus sei in Planung. Bereits jetzt baue man eine weitere Produktionseinheit, die „Brigade Nr. 13“. Zwei weitere Produktionseinheiten seien genehmigt. Eine sogenannte Brigade besteht aus 38 weiß gestrichenen länglichen Gebäuden. **In jeder dieser Brigaden leben 1,5 Millionen Masthühner. ...**

Leschtschenkos Unternehmen ist eine Tochter des Agrokonzerns Mironivsky Hliboproduct, kurz MHP, des größten ukrainische Geflügelproduzenten. Der Konzern gehört dem Oligarchen und Poroschenko-Freund Jurij Kosjuk. Er ist auch langjähriger Partner internationaler Finanzinstitutionen. Über eine halbe Milliarde Dollar hat der Agrokonzern in den vergangenen Jahren von Entwicklungsbanken bekommen – unter anderem von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und von der Europäischen Investitionsbank. Letztere ist ein Finanzinstrument der Europäischen Union mit dem Ziel, Entwicklungspolitik mit Partnerländern zu unterstützen. ...

Verkauft wird das Geflügel nicht nur in der Ukraine. Großbritannien, Deutschland, die Niederlande und über ein Dutzend weiterer EU-Staaten sind genauso Abnehmer von Geflügel der MHP wie Republiken der ehemaligen Sowjetunion, über ein Dutzend afrikanischer und arabischer Staaten und Länder wie Vietnam, Laos und die Mongolei. 2015 exportierte MHP 132.000 Tonnen Geflügel, über 27.000 Tonnen davon in die Europäische Union. Damit stiegen die Lieferungen in EU-Länder um 65 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Noch 2008 herrschte in der Ukraine Fleischmangel. In der Folge begann man die Hühnerproduktion zu industrialisieren. Huhn – das ist billiges Protein, leicht massenhaft herzustellen. Nur wenige Agrarholdings konnten in diesem Wettbewerb mithalten, allen voran die MHP. 2009 hatte das Unternehmen die Bevölkerung noch auf ihrer Seite. Man erhoffte sich mehrere Tausend neue Arbeitsplätze, glaubte den Versprechungen, Straßen und andere Infrastruktur zu verbessern. **Viele verpachten dem Konzern gerne ihr Land für 210 Euro pro Jahr und Hektar oder einen einmaligen Betrag von 5.000 Euro für die 49-jährige Pacht eines Hektars. (...)**

Ljudmilla Vdovichenko holt aus der Küche eine Tragtasche voller Dokumente. Als Parteilose sitzt sie für die Fraktion „Block Petro Poroschenko“ im Bezirksrat. Außerdem ist sie Vorsitzende einer Gruppe, die sich Komitee zur

Rettung des Dorfes Oljaniza nennt. Aus der zerknitterten Tragtasche, die irgendwann einmal blau war, holt sie Kopien der von ihr organisierten Unterschriftensammlungen gegen den weiteren Ausbau der Hühnerfabriken. Sie bewahrt darin auch die Unterlagen über die erhöhte Belastung des Wassers in ihrem Dorf mit Nitrat und anderen Giftstoffen auf. Und dann ist in der Tragtasche noch die Einladung zu einer Informationsveranstaltung von den Behörden und der Mastfabrik, in der diese für die Erweiterung der Anlagen geworben hatten.

Es ist 2010, als die Menschen in ihrem Dorf unter Leitung von Ljudmilla Vdovichenko zum ersten Mal gegen Bauarbeiten protestierten. Damals wird auch das Komitee zur Dorfrrettung gegründet. Ein Jahr später schreiben die Bewohner einen offenen Brief an den damaligen Präsidenten Janukowitsch, in dem sie öffentliche Anhörungen zu den ökologischen Auswirkungen der Hühnerfabrik fordern. Dann suchen sie nach anderen Mitteln: 2012 wird in Oljaniza erstmals die Durchgangsstraße blockiert. Die Bewohner fordern eine Umgehungsstraße, eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 20 Kilometer pro Stunde, Schadenersatz für durch den schweren Verkehr entstandene Risse in den Häusern. Im November 2015 blockieren Bewohner eines Nachbardorfs aus Protest gegen den geplanten Ausbau der Hühnerfabrik drei Tage lang die Zufahrtswege zu den Mastanlagen.

Doch der Protest hat plötzlich ganz andere Folgen als erhofft: 2015 und 2016 werden vier Gegner des Ausbaus der Hühnerfabriken von Unbekannten so schwer zusammengeschlagen, dass sie ärztliche Hilfe benötigten. Zwei weitere Aktivisten werden plötzlich zur Armee einberufen und müssen an die Front. ... Regelmäßig suchen Umweltschützer des Necu die Anwohner der Ortschaften auf, in denen sich Betroffene über Mastanstalten beschweren, bieten ihnen Beratung und juristische Unterstützung an. Gemeinsam mit **Bankwatch**, einer international agierenden bankenkritischen Umweltgruppe, kritisiert Necu die Unterstützung der Massentierhaltung durch europäische Banken wie die Europäische Bank für Wiederaufbau oder die Europäische Investitionsbank. Die halbe Milliarde Dollar hätten die Banken besser für andere Projekte verwendet, kritisieren die Aktivisten. Zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, zum Beispiel in den Bereichen ökologische Landwirtschaft oder Tourismus. ...

<http://www.taz.de/!5344180/>